



KAPER BRIEF

PIRATENZEITUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Jetzt mit mehr Inhalt!

Als wir PIRATEN 2009 zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein antraten, hörten wir an den Infoständen oft, dass wir zwar sympathisch seien und dass wir frischen Wind in die Politik brächten, unser Programm jedoch zu schmal sei. Das bestand damals im Wesentlichen aus unseren Kernthemen Transparenz, Bürgerrechte, Bildung, Bürgerbeteiligung, Urheberrecht und Datenschutz. Wir sprachen uns zudem gegen Lobbyismus, Überwachung und Patente auf Leben aus. Damals argumentierten wir, eine grundsätzlich andere Politik zu wollen und dass sich unsere Themen, vor allem die Transparenz, auf alle Bereiche der Politik anwenden lassen. Wir forderten den „gläsernen Staat“, um politische Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und den Lobbyismus auszugrenzen. Ein weiteres Argument waren die sogenannten Vollprogramme der etablierten Parteien – an vermeintlichen Wählerstimmungen ausgerichtete Wunschzettel, die nach der Wahl keine Bedeutung mehr haben, wollten wir nicht. Stattdessen versprachen wir, uns langsam thematisch zu erweitern, indem wir uns wichtige Programmpunkte ausarbeiten und auf unseren basisdemokratischen Parteitagen zur Abstimmung bringen.

Heute, zwei Jahre später, können wir sagen, dass wir unser Versprechen gehalten haben: Unsere Mitglieder erarbeiteten in ihrer Freizeit etwa 200 Programmpunkte und brachten sie auf sechs Landesparteitagen zur Abstimmung. Das Ergebnis ist unser Wahlprogramm, das sich sehen lassen kann. Ein Programm, das nicht von Meinungsforschungsinstituten vorgegeben wurde, sondern von Menschen aus Schleswig-Holstein direkt erstellt worden ist, ohne Delegierte und ohne Leitanträge. Ein Piratenprogramm.

Torsten Krahn

...JETZT MIT MEHR INHALT!

UND
NATÜRLICH
UNSEREN
KLASSIKERN

DEMOKRATIE
TRANSPARENZ
BÜRGERRECHTE



PARTEITAGE

Wie funktionieren sie bei uns?
Seite 2

TRANSPARENZ

Für gläserne Verwaltung
Seite 3

WAHLPROGRAMM

Was wollen die Piraten?
Seiten 4-5

WIR SIND AN BORD

Kandidaten stellen sich vor
Seiten 6-7

STOP ACTA

Die weitreichenden Folgen
Seite 8

GESCHICHTE DER PIRATEN

Ungebremstes Wachstum
Seite 9

RESSOURCENSCHONUNG

Was ist Nachhaltigkeit?
Seite 15



WAHLPROGRAMM

Wie funktioniert es bei den PIRATEN? Von Torsten Krahn

Ja, die Piraten haben tatsächlich ein Programm – und wir sind stolz darauf, wie unser Wahlkampf-Blog „www.mehrinhalt.de“ zeigt. Um dieses Programm zu erstellen, waren insgesamt sechs Landesparteitage in den letzten zwei Jahren notwendig. Selbst während der „Wahlparteitage“, auf denen die Landesvorstände und die Kandidaten zur Landtagswahl gewählt wurden, stimmten wir in den Auszählungspausen programmatische Anträge ab. Doch wie entstehen bei den Piraten Anträge zum Programm?

Manche Anträge sind Entwürfe einzelner Mitglieder. Sie haben eine Idee, setzen sich hin und formulieren einen Antrag aus, den sie dann zur Abstimmung eintragen. Meistens jedoch entstehen die Themen aus Diskussionen auf Stammtischen oder in den unterschiedlichen Kommunikationsmedien der Piraten. Schließlich findet sich eine kleine Gruppe, die online, in Telefonkonferenzen oder im „echten Leben“ einen Antrag zu dem Thema erarbeitet. Manchmal finden sich in solchen Gruppen auch Leute, die gar kein Mitglied der Piratenpartei sind. Bei uns kann man mitmachen – einfach so.

Stehen die Anträge dann in einer Liste für den kommenden Parteitag, werden sie von einer Antragskommission geprüft. Bei dieser Prüfung

geht es um die Formulierungen, Stichhaltigkeit von Aussagen, Rechtschreibung und ähnliches. Dies geschieht öffentlich und in Absprache mit den Antragstellern. Abschließend bereitet die Antragskommission die Anträge auf und stellt sie nummeriert in die gültige Antragsliste für den Parteitag.

Auf einem Parteitag werden die Anträge zur Abstimmung gestellt und diskutiert. Jeder Pirat ist berechtigt, Nachfragen zu stellen, Änderungen zu beantragen oder Alternativen vorzustellen. Alle Landesparteitage werden live im Internet in Ton und Bild übertragen und können so mitverfolgt werden.

Wir schicken keine Delegierten. Bei uns kann jedes Mitglied auf einem Parteitag erscheinen und von seinem Stimmrecht Gebrauch machen. Unser bisher größter Parteitag war der unmittelbar nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Er fand im Wissenschaftszentrum in Kiel statt, das mit über 150 akkreditierten Piraten sowie 40 Vertretern der Presse und Gästen gut gefüllt war. Die erste Planung ging von etwa 70 Piraten aus, doch nach der Wahl in Berlin mussten wir aufstocken. So wurde zum Beispiel ein weiterer Raum für die Presse angemietet, in den wir den Parteitag als Video-Stream übertrugen.



CC-BY-SA: Lisavan

Unsere Mitgliederzahl steigt. Um auch in Zukunft basisdemokratische Parteitage abhalten zu können, arbeiten wir an Konzepten wie dem „dezentralen Parteitag“, der mehrere Versammlungsorte über das Internet zusammenführt.

Rendsburg im Januar 2011

Im Zentrum für Energie und Technik in Rendsburg fand der erste Landesparteitag der PIRATEN im Jahr 2011 statt. Die ca. 40 Teilnehmer erarbeiteten konstruktiv und konzentriert über 120 Anträge. Die Themen Landwirtschaft, Bauen & Verkehr, Kultur und Umweltschutz waren hier der Schwerpunkt und bildeten die ersten Akzente in unserem Wahlprogramm.

So wurden beispielsweise Positionen zur gentechnikfreien und bäuerlichen Landwirtschaft, zum Testen des fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), zum sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft sowie zum Ausbau der Stromnetze beschlossen.

LANDESPARTEITAGE

Patrick Ratzmann

Kiel im Oktober 2011

In Kiel im Wissenschaftszentrum fand der vierte Landesparteitag der PIRATEN im Jahr 2011 statt. Dies war zudem der erste Landesparteitag nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Über 150 akkreditierte Piraten, Gäste und Presse ließen den Landesparteitag zu dem Größten in der Geschichte des Landesverbands werden. Der Veranstaltungsort platzte zeitweise aus allen Nähten.

Erst kurz vor Mitternacht standen die 30 Listenkandidaten und 35 Direktkandidaten fest. Jeder konnte sich für einen Platz bewerben, die Prüfung der Kandidaten erfolgte durch das sogenannte Kandidatengrillen, bei dem durch die anwesenden Piraten alle Bewerber auf Herz und Nieren geprüft werden.

Neumünster im Januar 2012

Das über zwei Jahre erarbeitete Wahlprogramm wurde erst auf dem ersten Landesparteitag 2012 in Neumünster wirklich fertig. Durch die Erfolge der Piratenpartei in Berlin kamen seit dem letzten Parteitag viele Neumitglieder hinzu, die sich auf dem letzten programmatischen Parteitag vor der Landtagswahl noch mit neuen Impulsen eingebracht. Es wurden Ideen zur Finanzpolitik von Kommunen und zur Bildungspolitik beschlossen. Zudem wurden viele Anträge zu fast allen Themenfeldern ergänzt.

Auch hier wurden erst kurz vor Mitternacht die letzten Änderungen für das Wahlprogramm verabschiedet. Für uns geht es schon jetzt weiter: Arbeitsgruppen und Interessierte arbeiten auch weiterhin an Ergänzungen und neuen Ideen zur Politik der Piratenpartei.

TRANSPARENTE VERWALTUNG UND POLITIK

Piraten fordern eine gläserne Verwaltung Von Dr. Thomas Walter

Sowohl das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes aus dem Jahre 2005 als auch das von Schleswig-Holstein von 2000 haben sich als weitestgehend wirkungslose Hüllen entpuppt, die nach wie vor dem Bürger wichtige Informationen aus Verwaltung und Politik vorenthalten. Zudem legen die Verwaltungen die Ausnahmetatbestände zum angeblichen Schutz von übergeordneten öffentlichen Interessen und dritter Personen zu weit aus. Wir Piraten fordern daher die extensive Begründung einer Informationspflicht und eines Informationsanspruches gegenüber Behörden aber auch Privatunternehmen, soweit diese öffentlich-rechtliche Interessen wahrnehmen, somit die Abkehr vom Prinzip der Amtsverschwiegenheit.

Die Intransparenz staatlicher Strukturen in SH erschwert es den Bürgern, sich zu beteiligen oder die Politik zu überprüfen. Dabei ist für effektive politische Teilhabe dringend ein zeitgemäß gestalteter Zugang zu Fakten notwendig.

TRANSPARENZGESETZ SCHAFFEN!

In Anlehnung an die Volksinitiative in Hamburg fordern wir PIRATEN in Schleswig-Holstein die Schaffung eines TRANSPARENZGESETZES, das weit über die herkömmlichen und zu schwachen Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern hinausgeht.

Mit Hilfe eines Zentralen Informationsregisters soll das Prinzip umgekehrt werden, dass der Bürger erst einen Antrag mit Gebührenfolgen stellen muss. Dies ist aus der Sicht des Bürgers unnötig mühselig und teuer.

Damit wird zugleich dem Gedanken an OPEN DATA Rechnung getragen. Offene Daten sind sämtliche Datenbestände, die im Interesse der Allgemeinheit der Gesellschaft ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden.

Dieses von den PIRATEN geforderte Transparenzgesetz definiert, welches Datenmaterial im zentralen Informationsregister zu veröffentlichen ist, und gibt im Übrigen dem Bürger einen klaren Informations- und Auskunftsanspruch. Hierbei ist durch eine Ausweitung des Behördenbegriffs der Informationsanspruch auch gegen Unternehmen des Privatrechts zu begründen, wenn öffentliche Körperschaften mitbestimmend hieran beteiligt sind und/oder diese Unternehmen öffentliche Aufgaben oder eine vom Staat verliehene Monopolstellung wahrnehmen.

INFORMATIONSPFLICHT BEGRÜNDEN!

Es wird nicht nur ein INFORMATIONANSPRUCH begründet, sondern zusätzlich auch eine antragsunabhängige INFORMATIONSPFLICHT. Mit den eng umrissenen Ausnahmetatbeständen im Falle höherwertig zu beurteilenden öffentlichen Interessen und Belangen Dritter (Angelegenheiten des Petitionsausschusses, der Kontroll- und Untersuchungsausschüsse des Landtages, Organe der Rechtspflege, des Rechnungshofes, Verfassungsschutzes und der Steuerbehörden, Fragen der Landesverteidigung und internationaler Beziehungen, Gefährdung von Straf-, Ordnungs- und Disziplinarverfahren, Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) werden die informations- und auskunftspflichtigen Stellen gehindert, mit pauschalen Behauptungen das Informationsbegehren und die Informationspflicht zu umgehen. Zudem sind staatliche Stellen gehalten, das Informationsinteresse in jeder Phase ihres Handelns rechtzeitig zu berücksichtigen, z.B. dass Verträge mit staatlichen Stellen vorab zu veröffentlichen sind und Vertragspartner mit Abschluss des Vertrages auch in die Veröffentlichung einzuwilligen haben. Sogenannte Privat- und Betriebsgeheimnisse sind von Anfang an gesondert kenntlich zu machen und zu begründen.

Neben dem Verwaltungsrechtsweg sollen die Bürger auch das Recht haben, den Datenschutzbeauftragten, der die Einhaltung dieses Gesetzes zusätzlich zu überwachen hat, anzurufen.

Ferner fordern die PIRATEN die Schaffung eines Lobbyistenregisters mit Regularien, der das Parlament, Ministerien und Verwaltung zwingt, von Anfang an transparent zu machen, welche Interessenvertreter versuchen, auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen, beginnend mit der ersten Anfrage und Kontaktaufnahme, bis hin zum Referentenentwurf, Ausschussberatungen und Gesetzesvorlage. Anhörungen, Protokolle, Gutachten etc. sind unverzüglich zu veröffentlichen. Damit können Bürger, Presse und alle demokratisch gesinnten Kräfte frühzeitig und zielsicher Interessenverflechtungen entgegenwirken. Verstöße gegen dieses Regelwerk sind unter Strafe zu stellen.

Höhere Verwaltungsbeamte, Richter, Staatsanwälte, Abgeordnete und Regierungsmitglieder haben sowohl entgeltliche als auch unentgeltliche Nebentätigkeiten, Bezüge und Aufwandsentschädigungen offenzulegen, soweit hier ein sachlicher Bezug zu ihrer Amtstätigkeit mit der Möglichkeit einer Interessenverflechtung bestehen kann und sich die Einkünfte nicht im Rahmen der üblichen Amtstätigkeit bewegen.

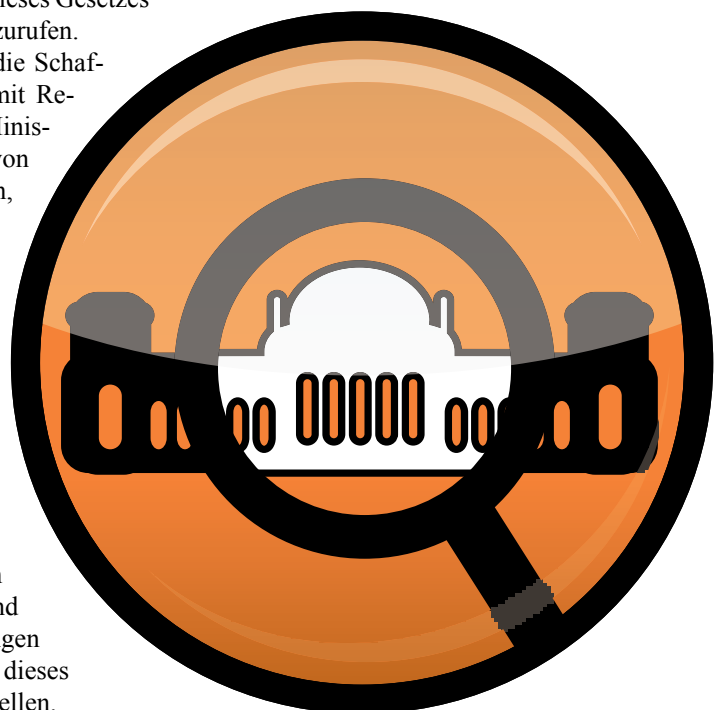
Mit diesen Gesetzen wird

- Korruption erschwert
- Steuerverschwendung vorgebeugt
- der Verwaltungsablauf vereinfacht
- dem Bürger und den Volksvertretern mehr Mitbestimmung ermöglicht
- die Pressefreiheit durch bessere Recherchemöglichkeiten gestärkt
- das Vertrauen in Politik und Verwaltung gestärkt!

und damit die Demokratie durch mehr Transparenz und Vertrauen erheblich gestärkt! Transparenz ist die unverzichtbare Medizin für die Gesundung unseres Staatswesens!

Über den Bundesrat wollen die Piraten auch entsprechende Gesetzesinitiativen anstoßen.

Dr. Thomas Walter ist Jurist und Notar und Mitglied der Piratenpartei Leipzig



BAUSTEINE AUS DEM WAHLPROGRAMM

Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte Von Heiko Ostendorf

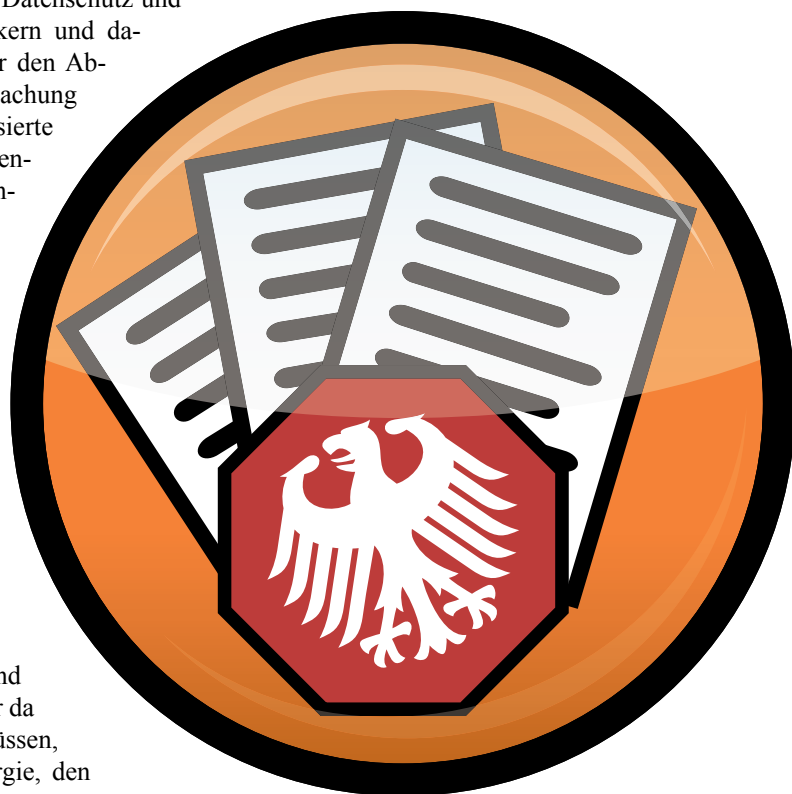


Wir PIRATEN wollen dem seit dem Jahr 2001 verstärkt beschleunigten Abbau der Bürgerrechte entgegenreten. Unnötige wie exzessive, insbesondere aber kostenintensive und völlig wirkungsfreie Maßnahmen (z.B. Videoüberwachung des öffentlichen Raums, Kfz-Massenabgleiche) wollen wir PIRATEN abbauen.

Grundlage aller Maßnahmen muss eine systemische Revision aller bestehenden Sicherheitsgesetze sein. Hierzu sehen wir die Einrichtung einer Grundrechteagentur vor, die dem Landtag unterstellt ist und mittels systemischer Evaluation valide Daten zu Fragestellungen unterschiedlichster Perspektiven liefert. Bis dahin soll ein Moratorium weitere Eingriffe in Bürgerrechte im Namen der Kriminalitätsbekämpfung verhindern. Besonderes Augenmerk werden wir

PIRATEN dabei auf die Vereinbarkeit jeder einzelnen Maßnahme mit den Grundrechten legen. In einem allerersten Schritt wollen wir kurzfristig erreichen, dass Einwohnermeldedaten ausschließlich mit ausdrücklicher Zustimmung des Betroffenen an nichtstaatliche Stellen (z.B. Parteien und Adressbuchverlage) weitergegeben werden dürfen. Bei Verstößen gegen geltende Datenschutzbestimmungen muss das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) Bußgelder verhängen dürfen, die auch Behörden und deren Angestellte treffen können.

Wir PIRATEN wollen in der Landesverfassung ein Grundrecht auf Datenschutz und Datenvermeidung verankern und damit einen Grundstein für den Abbau anlassloser Überwachung (massenhafte, automatisierte Datenerhebungen, Datenabgleichen und Datenspeicherungen) legen.



Steuerpolitik und Finanzen Von Dr. Winny-Maria Dehn

Die Piratenpartei ist im Herzen liberal. Sie ist weder eine „Steuersenkungspartei“ noch eine „Steuerschöpfpartei“. Der Staat mit all seinen Leistungen muss finanziert werden. Wir wollen, dass dies so gerecht und transparent geschieht wie es nur geht.

Das jetzige System der Steuergesetzgebung ist undurchsichtig, ungerecht und benachteiligt die ehrlichen Steuerzahler, die nicht die 1000 Schlupflöcher und Steuerspartricks kennen.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass nicht nur Lobbyisten der Wirtschaft die Leitlinien der Politik und des Steuersystems diktieren. Erinnern Sie sich noch an die letzten Steuersenkungen und -streichungen für Hotelgewerbe, für Grundstücksgeschäfte usw.? Da wurde Steuergeld verschenkt, das jetzt im Haushalt von Schleswig-Holstein und seinen Kommunen vorne und hinten fehlt! Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Geradlinigkeit und Gerechtigkeit ins Steuersystem einzieht – hier im Land

und bundesweit. Wir sind uns klar darüber, dass wir da dicke Bretter bohren müssen, aber wir haben die Energie, den Mut und die Wut dazu!

Jeden dritten Steuer-Euro muss Schleswig-Holstein an Banken und Finanziers weiterleiten, allein um die Altschulden damit abzubauen. Wir wollen Schleswig-Holstein mit den Bürgern gemeinsam bis spätestens 2050 aus der Verschuldung führen. Dazu werden wir in offener Debatte mit den Bürgern, mit echten Zahlen, einen gerechten Landeshaushalt der Bürgerschaft entwickeln. Der neue Landtag wird in den Piraten hartnäckige Vertreter der Bürger finden, die nichts einfach abnicken.

Schon geraume Zeit diskutieren Wissenschaft und Kommunen die Möglichkeit, ein Insolvenzrecht für Kommunen zu installieren. So etwas könnte ein Befreiungsschlag für zahlreiche Kommunen werden. Wir scheuen uns nicht, auch

solche unkonventionellen Wege zu erproben. Wir gehorchen keiner Lobby.

Zu guter Letzt: Was helfen die schönsten Steuern, wenn niemand sie eintreibt? Den öffentlichen Haushalten gehen durch Steuerbetrug Milliarden verloren. Jeder Finanzbeamte erwirtschaftet ein Vielfaches seines Gehaltes, wenn er seine Arbeit ordnungsgemäß leisten kann. Eine Verstärkung des Personals brächte hier bares Geld. Dann braucht man auch nicht als Hehler aus obskuren Quellen Daten-CDs mit potentiellen Steuersündern anzukaufen – etwas, das wir grundsätzlich und strikt ablehnen.

DER PIRATEN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Informationsfreiheit Von Dr. Winny-Maria Dehn

In zunehmenden Maße werden über jeden einzelnen Bürger Informationen gesammelt und archiviert. Information ist Wissen, Wissen ist Macht. Durch automatisierte Verknüpfung und Aufbereitung der Daten lassen sich verblüffende Schlussfolgerungen über Menschen gewinnen, die solches Wissen über sich niemals freiwillig preisgeben würden.

So haben sich allerdings die Väter unseres Grundgesetzes die Sache nicht gedacht. Aus guten Gründen haben sie die Privatheit unseres Lebens schützen wollen. Sie haben z.B. das Briefgeheimnis in eiserne Lettern gegossen. Was unterscheidet einen Papier-Brief von einem e-Brief? Verfassungsrechtlich rein gar nichts!

Der Einsatz von Informationstechnologie in der Verwaltung erlaubt es Privatpersonen und Unternehmen, Amtsgeschäfte ohne Lauferei und Papierkrieg abzuwickeln. Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, möchten aber auch zur

Vorsicht mahnen. Die Verwaltungen, die unsere Daten verwahren, müssen diese auch vor Missbrauch schützen. Der Reiz, diverse Daten zu vernetzen, neue Erkenntnisse daraus zu gewinnen und diese (aus-)zunutzen ist groß, das bezeugen die Berichte der Datenschutzbeauftragten.

Andere Informationen dagegen sollten öffentlich sein. Ein markantes Beispiel ist hier die öffentlich finanzierte Forschung. Wenn Professoren Honorar und Forschungsmaterial aus staatlicher – also unserer Kasse – erhalten, wieso werden dann die Ergebnisse nicht auch allen entsprechend zugänglich gemacht? Nach wie vor publizieren z.B. Professoren ihre Forschungsergebnisse gegen Honorar, und die geneigten Leser und die Studenten dürfen zweimal dafür zahlen – als Steuerzahler und Buchkäufer.

Und umso selbstverständlicher sollte es sein, dass eine leicht bedienbare Datenbank alle ver-

waltungsrelevanten rechtlichen Daten für den Bürger zum Abruf bereithält – von A wie Antrag bis Z wie Zweckverband.

Ein wichtiger Punkt in Sachen elektronischer Verwaltung ist auch die verwendete Technik. Große Summen werden für unnötige Lizenzen ausgegeben, ganze Staaten sind in die Abhängigkeit eines Programm-Konzerns geschliddert. Gerade wir Piraten wissen, dass es für alle Verwaltungsprogramme auch lizenzfreie, meist sogar bessere und datensicherere Programme gibt.

Kostenersparnis, Sicherheit und Transparenz, das sind Werte der Piratenpartei, die wir in Schleswig-Holstein fest verankern wollen.



Das volle Wahlprogramm:

www.piratenpartei-sh.de/themen.html

Energiepolitik Von Dr. Winny-Maria Dehn

Grundsätzlich plädieren wir für dezentrale Energiegewinnung. Je zentralisierter Energie produziert wird, desto größer die Gefahr der Abhängigkeit und der Pannenauswirkungen. Kleine kommunale Energieversorgung ist effizienter, preisgünstiger und bietet auch Raum für die Einbindung regional typischer Methoden wie z.B. unserer traditionellen Wassermühlen, die Förderung verdienen.

Je kürzer und leistungsfähiger die Leitungen von Energieproduzent zu Energienutzer sind, desto geringer ist der Energieverlust (derzeit bis 30%!). Intelligente dezentrale Netze sind hier gefragt.

Wenn man bei der Berechnung neuer Kraftwerke ehrlicherweise alle Nebenkosten wie Umweltschädigung und Abfälle mit einrechnen würde, sähen die Bilanzen anders aus! Wir fordern saubere Bilanzierung unter Berücksichtigung einer Haftpflichtversicherung für sämtliche Energieerzeugungsunternehmen. Nur so kann Wirtschaftlichkeit akkurat kalkuliert und beurteilt werden.

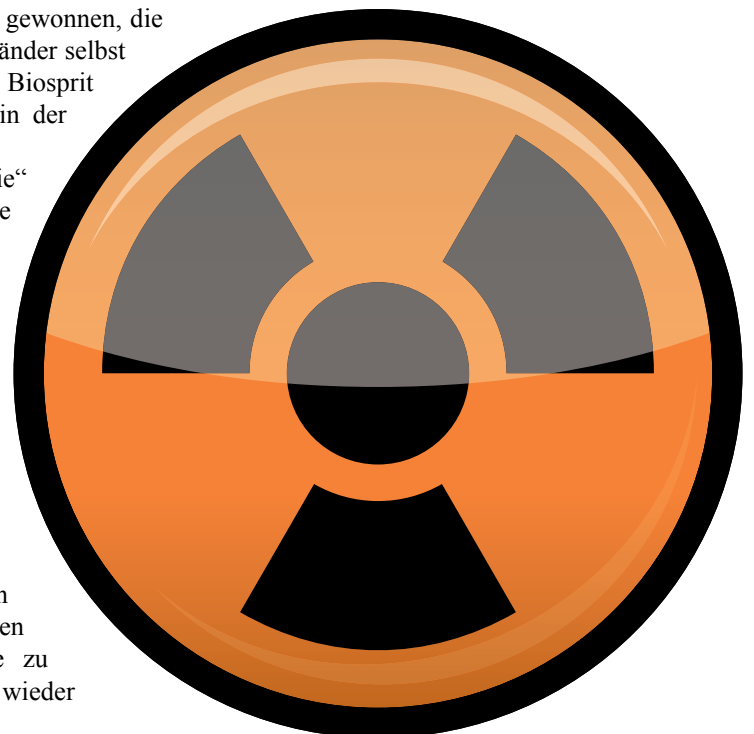
Nicht zuletzt unter diesem Aspekt ist klar, dass Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein nichts zu suchen haben. Sie müssen schnellstmöglich stillgelegt werden.

Kaum ein Stromverbraucher weiß, wie kompliziert – fast mittelalterlich – die Besitzverhältnisse und Durchlass-Konditionen der Stromnet-

ze gestrickt sind. Hier muss endlich Klarheit geschaffen werden.

Wir PIRATEN streben eine deutliche Erhöhung des Anteils sogenannter regenerativer Energien an, aber wir sind nicht blauäugig. Wir halten es z.B. für falsch, zwangsweise Bioethanol dem Kraftstoff unterzumischen. Er wird aus Lebensmitteln, aus Pflanzen gewonnen, die die Bevölkerung der Anbauländer selbst zur Ernährung benötigen. Biosprit auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt – ohne uns!

Als „Brückentechnologie“ sollen bestehende generative Energien so effizient wie irgend möglich eingesetzt werden – als Wärme-Kraft-Kopplung die Abwärme nicht über Kühltürme in die Umwelt ablassen, sondern beispielsweise als Fernwärme nutzen. Speichertechnologie, z.B. Pumpspeicherkraftwerke erlauben es, Kraftwerke ständig mit ihrem größten Wirkungsgrad zu betreiben und überschüssige Energie zu speichern, fehlende Energie wieder abzurufen.



KORRUPTION UND VETTERNWIRTSCHAFT GEHÖREN BESEITIGT

Die Piraten wollen frischen Wind in den politischen Alltag Schleswig-Holsteins bringen. Sie hinterfragen Systeme und sind offen für neue Lösungswege. Sie erkennen die Chancen des Internets als Kommunikationsmedium und wollen dieses Medium zur Meinungsbildung nutzen. Im Landtag setzen sie sich für eine transparente Politik ein. Die Entscheidungsfindung und der Austausch der Argumente müssen in öffentlichen Diskussionen stattfinden, nicht hinter verschlossenen Türen. Korruption und Vetternwirtschaft gehören beseitigt, Ehrlichkeit und Transparenz verbreitet.



TORGE SCHMIDT
LANDESLISTE PLATZ 1 UND
DIREKTKANDIDAT RENDSBURG

ICH SETZE MICH FÜR BASISDEMOKRATIE EIN

Nur bei der Piratenpartei ist es möglich, sich als „kleines Mitglied“ in den Parteialltag einzubringen. Mit dem nötigen Maß an Fachwissen in seinem jeweiligen Interessenbereich schafft es jeder, sich Gehör zu verschaffen. Also habe ich die Initiative ergriffen und gestalte nun selbst Politik. Basisdemokratische Prozesse müssen in viel mehr Bereiche unserer Gesellschaft Einzug erhalten. Dafür setze ich mich ein.



GUNNAR FRANK
DIREKTKANDIDAT
DITHMARSCHEN-NORD

WIR WOLLEN DIE RECHTE DER BÜRGER STÄRKEN

Mitbestimmung hört nicht mit der Abgabe des Stimmzettels auf, sondern fängt damit an. Wir wollen die Rechte der Bürger und damit die Demokratie in unserem Land stärken. Transparenz statt Machtkungelei im Hinterzimmer – das gibt es nur mit uns!



ANGELIKA BEER
LANDESLISTE PLATZ 6 UND
DIREKTKANDIDATIN NEUMÜNSTER

NEUES DENKEN BEIM THEMA VERSCHULDUNG

Die Finanzpolitik ist die zentrale Glaubwürdigkeitsfrage der Landespolitik! Bisher standen die Landesregierungen stets unter CDU- oder SPD-Führung. Auch Grüne und FDP waren in der Verantwortung. Die Folge: Mehr als € 27 Mrd. Schulden – ohne die der Kommunen! Die Etablierten können nicht mit Geld umgehen, sie sind in der Finanzpolitik unglaublich unwürdig! Piraten wollen ein neues Denken beim Thema Verschuldung. Wir haben hierzu konstruktive Vorschläge!



MIKE WEBER
LANDESLISTE PLATZ 23 UND
DIREKTKANDIDAT OSTHOLSTEIN-SÜD

LANDWIRTSCHAFT OHNE LEISTUNGSWAHN UND WACHSTUMSDRUCK

Mein Schwerpunkt bei der politischen Arbeit ist der Natur- und Umweltschutz und vor allem die Landwirtschaft. Wir müssen es schaffen, den bestmöglichen Kompromiss zwischen den berechtigten Ansprüchen der Menschen und denen der Natur zu finden. Gerade durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, durch Agro-Gentechnik und Industrielle Tierproduktion wird das immer wichtiger. Für Leistungswahn und Wachstumsdruck ist in einer bäuerlichen Landwirtschaft kein Platz. Landwirte sollen faire Preise für gute Produkte bekommen, Verbraucher gesundes Essen zu fairen Preisen.



BIRGITT PIEPGRAS
LANDESLISTE PLATZ 9

BILDUNG IST DAS WICHTIGSTE GUT UNSERER GESELLSCHAFT

Jeder Mensch muss den freien und kostenlosen Zugang zu Bildung genießen können, unabhängig vom finanziellen Hintergrund. Bildung beginnt bereits im Kindergarten und begleitet jeden Einzelnen sein ganzes Leben. Daher setze ich mich gegen Studiengebühren, für eine individuelle Förderung, für Computer und Vernetzungsangebote im Unterricht, für kostenlose Kindergartenplätze und mehr Medienkompetenz ein.



SVEN KRUMBECK
LANDESLISTE PLATZ 5

EINE WELT OHNE MASSENÜBERWACHUNG IST MÖGLICH

Mein Traum ist der von einer Gesellschaft, die Sicherheit gewährleistet, indem sie die Achtung vor dem Recht des anderen stärkt. Eine Welt ohne Massenüberwachung, in der wir noch dazu sicherer leben als heute, ist möglich. Wir brauchen dazu ein radikales Umsteuern in der Innenpolitik: Wir wollen die staatliche Überwachung der Bürger reduzieren, bestehende Überwachungsgesetze unabhängig evaluieren, neue Überwachungspläne eliminieren und in gezielte Kriminalpräventionsarbeit investieren.



DR. PATRICK BREYER
LANDESLISTE PLATZ 4

AM 6. MAI „KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!“ UND PIRATEN WÄHLEN

Den PIRATEN habe ich mich angeschlossen, weil hier Basisdemokratie und konstruktives politisches Mitbestimmen über Richtung und Ziele der Partei für alle auf direktem Wege möglich ist. Politiker sollten sich darauf zurückbesinnen, dass sie Angestellte der Bürger sind.



BORIS KRÜNITZ
DIREKTKANDIDAT STORMARN-NORD

ACTA - VOM ACKER

Von Birgitt Piepgras, Ingo Bläser und Dietmar Schulz



Das „Anti-Piraterie-Abkommen“ ACTA ist ein multilaterales Handelsabkommen, dessen ursprünglicher Zweck die Bekämpfung von Produktpiraterie und der Schutz von „geistigem Eigentum“ sein soll. Darf ein Abkommen, das von den Staaten zur Sicherung von Konzern-einkünften umfangreiche Gesetzgebung mit Eingriffen in die bürgerlichen Rechte verlangt, einfach so hinter verschlossenen Türen und ohne demokratische Legitimation ausgehandelt und ohne Beteiligung der Parlamente unterzeichnet werden?

In der öffentlichen Diskussion wird ACTA meist nur im Zusammenhang mit Urheberrechtsverletzungen durch Raubkopien, Filesharing etc. genannt und kritisiert. Doch uns treffen die Auswirkungen des Abkommens auch dort, wo es kein Entkommen gibt – bei unseren Grundbedürfnissen. Auch die Landwirtschaft, die Ernährung und die Medizin sind, neben den oft genannten immateriellen Gütern, von diesem Abkommen betroffen. Wo ACTA nichts ausschließt, ermöglicht es Missbrauch, z.B. beim nahezu unbegrenzten Bereich der Patente.

ACTA steht in der Landwirtschaft für die Stärkung der Rechte weniger Großkonzerne, was die Bildung von Oligopolen begünstigt. Wenn Du Dir als Verbraucher, ebenso wie die Mehrzahl der Landwirte, eine dezentrale, verbraucherorientierte, ökologisch vertretbare Landwirtschaft und einen freien Markt wünschst, in dem auch kleinere Betriebe überleben können, wirst Du in einen Interessenskonflikt geraten – auch bei dem, was auf Deinem Teller landet.

Der Grund ist, dass Patente auf Pflanzen, Tiere und Produktionsmethoden an wenige Herstellerkonzerne vergeben werden, was die Bauern weltweit in deren Abhängigkeit treibt. Die Konzerne lehnen dabei sogar noch die Haftung für Schäden durch ihre Produkte ab. Setzt ein Bauer gentechnisch verändertes Saatgut ein und es entsteht ein Schaden, muss er dafür haften und nicht der Hersteller. Eine unabhängige Produktion



von Lebensmitteln wird zunehmend unmöglich. Dies bekommen auch Hersteller nachhaltig produzierter, erstklassiger Bioprodukte zu spüren, die sich entweder dem Patente- bzw. Rechteinhaber unterwerfen müssen oder sich dem Vorwurf der „Lebensmittelpiraterie“ aussetzen, wenn Saatgut, Produktion und Rohstoffe nicht im Rahmen der „zulässigen Lizenz“ erworben wird.

Die Organisation Creative Commons (abgekürzt CC) hat Standard-Lizenzverträge entwickelt, mit denen ein Autor einfach und abgestuft Rechte an seinem Werk einräumen kann. Zum Beispiel die nicht-kommerzielle Verbreitung erlauben, oder auch die Wiederveröffentlichung in bearbeiteter Form. Varianten der CC-Lizenz werden oft für sogenannte „freie Inhalte“ benutzt. Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht. Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.

ACTA und Generika Von Birgitt Piepgras, Ingo Bläser und Dietmar Schulz

Eine ganze Palette von Bürgerrechten sind von ACTA betroffen. Neben immateriellen Gütern und Lizenzen auf Pflanzen und Tiere betrifft es auch die Medizin. Mit der Umsetzung von ACTA ist der große Markt für Generika, d.h. wirkungsähnlichen Medikamenten, bedroht, dessen Verschwinden für Medikamente insgesamt einen starken Preisanstieg zur Folge hätte. Dies betrifft Entwicklungsländer stärker noch als den europäischen Raum, da unter dem Verlust von Generika insbesondere die Bekämpfung von HIV leidet.

Der Blick nach Indien zeigt, dass sich die Gesundheitsversorgung dort in den letzten Jahrzehnten ohne restriktiven Patentschutz durch die Herstellung von Generika rasant verbessert hat. Diese Grundversorgung ist lebensnotwen-

dig, denn 80% der Bevölkerung bleiben als Tageseinkommen gerade 2 Dollar.

ACTA verbietet die Herstellung von Generika innerhalb fester Patentzeitfenster und hilft Patentträgern dabei, die Produktion von Generika zu behindern. Welche Präparate patentgeschützt werden, erfährt die Öffentlichkeit allenfalls durch die Presse.

Betroffen sind unter anderem Patienten, die auf AIDS-Therapien angewiesen sind. Steigende Medikamentenpreise führen zu höherer Sterblichkeit, da das bezahlbare Maß längst überschritten ist. In Südafrika kam es bereits zu einer Patentklagewelle der Hersteller gegen Generikaproduzenten.



„Man kann nicht misstrauisch genug sein, wenn man untersucht, welche Lobbys hier klammheimlich einen Vertrag gezimmert haben. Nicht, was darin steht, ist das Gefährliche, sondern was dahinter steht.“

Schriftsteller und Filmmacher Alexander Kluge über ACTA (Quelle: SWR)

DIE GESCHICHTE DER PIRATENPARTEI

2006 in Schweden gegründet - heute in aller Welt Von Hans-Heinrich Piepgras

Die erste Piratenpartei war die schwedische Piratpartiet, die am 1. Januar 2006 unter der Führung von Rickard Falkvinge gegründet wurde. Die Piratpartiet (deutsch: Piratenpartei) prägte auch den Namen der anderen Piratenparteien, die sich im Anschluss an das schwedische Vorbild in verschiedenen Staaten gründeten. Der Namensbestandteil „Piraten“ spielt dabei – im Sinne eines Trotzwortes auf die Publicitykampagne von Musik- und Filmindustrieverbänden an, die Privatkopien „Raubkopien“ (englisch: pirated copy) nennen.

Inzwischen gibt es in mehr als 20 Ländern weltweit Piratenparteien. In weiteren 25 Ländern gibt es aktive – aber noch nicht registrierte – oder in Gründung befindliche Piratenparteien. Die deutsche Piratenpartei wurde am 10. September 2006 in Berlin gegründet. Die Gründungsversammlung des Landesver-

bands Schleswig-Holstein fand am 16. Dezember 2007 statt, er hat derzeit 680 Mitglieder.

Durch den Achtungserfolg der Piratenpartei bei der Europawahl 2009 (0,9%) und die Diskussion um das Zugangerschwerungsgesetz kam es zu einer Vervielfachung der Mitgliederzahl von ca. 800 auf über 12.000 bundesweit. Bei den Kommunalwahlen in

Nordrhein-Westfalen 2009 erlangte die Piratenpartei zudem die ersten Sitze in Kommunalparlamenten. Inzwischen werden mehr als 160 Mandate auf kommunaler Ebene von Piraten ausgeübt. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2011 gelang es der Piratenpartei, erstmals in ein Landesparlament einzuziehen. Dies führte zu einer weiteren Welle von Neumitgliedern. Zurzeit ist die Piratenpartei mit mehr

als 24.000 Mitgliedern die siebtgrößte Partei Deutschlands. Am 25.03.2012 erzielte der Landesverband Saar bei den dortigen Landtagswahlen mit 7,4% aller abgegebenen Stimmen (vorläufiges amtliches Endergebnis) einen von den Medien und Mitbewerbern nicht erwarteten Erfolg und zieht damit in den saarländischen Landtag ein.

Die Piratenpartei Deutschland sieht sich, wie alle Piratenparteien, als Teil einer internationalen Bewegung und zielt daher nicht auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. In Massenmedien ist regelmäßig zu lesen oder zu hören, die Piratenpartei vertrete primär die Anliegen der so genannten „Digital Natives“. Wenngleich das aus historischer Sicht richtig ist, wird es der aktuellen Beschlusslage nicht mehr gerecht.



Landesgeschäftsstelle der Piraten Schleswig-Holstein in Kiel

Herzlich Willkommen in der Landesgeschäftsstelle der Piraten Schleswig-Holstein, hier in der Ringstraße 58 in 24103 Kiel. Telefonisch sind wir unter der Nummer 0431-90892181 erreichbar.

Schon daran, dass unser großes Schaufenster den Blick in die Zentrale der Schleswig-Holsteiner PIRATEN komplett freigibt, erkennt man, dass wir es mit der Transparenz ernst meinen. Jeder ist herzlich eingeladen, einfach herein zu kommen. Ob Ihr Informationen sucht, eine gute Idee loswerden oder einfach nur mal die Piraten live erleben möchtet, all dies ist möglich und ausdrücklich erwünscht. Für einen Schnack stehen die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle jederzeit zur Verfügung.

Falls Euch ein Besuch dort nicht möglich sein sollte, findet Ihr uns Piraten überall im Land. Auf unserer Website www.piratenpartei-sh.de gibt es einen Terminkalender und eine Liste der Stammtische.

Der tragende Gedanke der Transparenz durchzieht den Tag der Landesgeschäftsstellenmitarbeiter. Flache Hierarchien sowie die Möglichkeit der gemeinsamen Projektarbeit bilden den Nährboden für eine fruchtbare Arbeitsatmosphäre. Ähnliches gilt für die gesamte Partei. Der Vorstand hat überwiegend verwaltende Aufgaben, die politische Richtung bestimmt die

Basis. Der Dialog mit dem Bürger und Menschen, deren politische Meinung andernfalls ungehört bliebe, ist eine wichtige Facette unserer Arbeit. Dabei treibt uns nicht missionarischer Eifer, sondern der Wunsch den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen. Kurzum: Die Landesgeschäftsstelle stellt ein Forum für politisch interessierte Menschen dar.

Selbstverständlich erstreckt sich der Dialog auch auf den digitalen Bereich. Dies bedeutet die konsequente Nutzung aller verfügbaren

Kommunikationskanäle, die mit den hohen Anforderungen der Partei, beispielsweise bezüglich Datenschutz, in Einklang zu bringen sind.

Derzeit arbeiten hier in der Ringstraße 58 neben Piraten auch Praktikanten und Sympathisanten, die teilweise (noch) nicht Mitglieder sind, aber dennoch in wichtige Aufgabenbereiche einbezogen werden, was unserem Selbstverständnis als bürgerfreundliche „Mitmachpartei“ entspricht.

Bis bald in der Landesgeschäftsstelle!



In Schleswig-Holstein sind die „Stammtische“ vor Ort der regelmäßige Treffpunkt der Piraten. Da es noch keine Kreisverbände gibt, findet hier auch ein Großteil der Organisation statt: z.B. Abstimmungen über regionale Aktivitäten, Infostände und andere Veranstaltungen. Vor den Treffen kann jeder Pirat seine Punkte in einer sogenannten Tagesordnung eintragen. Das können Diskussionsthemen, Planungsgespräche oder auch Vorträge sein. Der Verlauf dieser Sitzungen wird von den meisten Stammtischen veröffentlicht. Interessierte Gäste sind jederzeit willkommen und können auch gleich mitreden. Wann und wo welche Stammtische stattfinden, steht im Kalender auf unserer Website „www.piratenpartei-sh.de“.

Lübeck

Eigentlich sollte er „Stammtisch Patchwork“ heißen, denn in Lübeck kommen Piraten aus allen umliegenden Kreisen wie Ostholstein, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Segeberg zusammen – einige Lübecker Piraten gibt es dort natürlich auch.

Entstanden ist diese Mischung im Wahlkampf 2009, als die Mitgliederzahl noch sehr viel kleiner war. Heute veranstalten einige der Auswärtigen in ihren Kreisen eigene Stammtische, doch zur „großen Runde“ nach Lübeck kommen wieder alle zusammen. Der Stammtisch Lübeck ist in der glücklichen Lage, eigene Räume nutzen zu können: Das LAN-Zentrum im Herrendamm 22. Hier treffen sich die Piraten jeden Dienstag um 19:00 Uhr. Auch kleinere Infoveranstaltungen finden dort statt. Außerdem ist das LAN-Zentrum der Heimat des orangenen Piratencampers, den man hin und wieder auf den Straßen und Plätzen Schleswig-Holsteins sieht.

Du kommst aus Lübeck oder der Umgebung und möchtest die Piraten gerne kennenlernen? Dann bist Du hier richtig, denn Gäste sind natürlich willkommen und können ohne Ankündigung am Stammtisch teilnehmen – wie überall bei der Piratenpartei.

Torsten Krahn

Westküste

Der Stammtisch Westküste ist ein Zusammenschluss von Piraten an der Westküste, von Sylt bis Brunsbüttel, welcher vier Wahlkreise umfasst. Wir treffen uns regelmäßig in Heide, Husum, Niebüll und auf Sylt. Durch diese Zusammenarbeit ist es uns möglich, auch größere Aktionen und Veranstaltungen zu organisieren. In der Vergangenheit liegen bereits eine Spinnennetzaktion gegen die Vorratsdatenspeicherung vor dem CDU-Kreisbüro in Heide oder der Einsatz für den Erhalt der Verbraucherzentrale an der Westküste. Für den Wahlkampf sind weitere Bestandteile eine Podiumsdiskussion in Heide zum Thema „Mehr direkte Demokratie“ und eine weitere in Burg unter dem Titel „Bedingungsloses Grundeinkommen“.

Dr. Patrick Breyer

Pinneberg

In Pinneberg treffen sich die aktiven Piraten alle zwei Wochen im Ratskeller, um über Politik zu diskutieren oder derzeit einen Wahlkampf zu organisieren. Dabei geht es beispielsweise um Umwelt, Wirtschaft oder Soziales und vorwiegend nicht um Computer. Es gibt aber Unterstützung, wenn man bisher nichts mit „Wiki“, „Mumble“ oder anderen Piratentools anfangen kann.

Der Ablauf ist zweigeteilt in einen straffen formalen Teil, damit in der Hitze der

Diskussion nichts Wichtiges vergessen wird, und freier Diskussion im

UNSERE STAMMTISCHE

Anschluss. Die Agenda für die erste Hälfte kann jeder vorab im Wiki mitgestalten.

Derjenige, der nicht oft im Internet unterwegs ist, kann sich hier informieren, was die Piraten im Land und im Bund machen. Gäste können sich gleichberechtigt beim Stammtisch einbringen: Man muss kein Pirat sein, um ein Pirat zu sein!

Alexander Levin

Spendenshirt kaufen!

Liebe Piraten, Wahlkampf ist eine teure Angelegenheit, das wissen wir alle. Dieses T-Shirt ist eine einfache Art uns zu unterstützen. Der gesamte Gewinn geht in die Wahlkampfkasse der Piratenpartei Schleswig-Holstein.

Preis: 10 Euro

Wenn du mehr spenden möchtest, kaufe das T-Shirt für 20 Euro!

Bestellen über www.kaperbrief.org/sh-t-shirt



Größen:
Man S - XXL
oder Girly S-XL
Farbe: Schwarz
für 10 Euro

STANDPUNKTE DER PIRATEN

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens und Familienförderung Auszug aus dem Bundesprogramm

Die Piraten bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Die Piraten setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft.

Die eingetragene Partnerschaft ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen; Konzepte der Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft auch von mehr als zwei Personen müssen erarbeitet und verwirklicht werden.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist –

angelehnt an das französische PACS-Modell – als ziviler Solidarpakt zu gestalten.

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

Gleichberechtigte Möglichkeit der Kinderversorgung: Kinder zu haben, darf nicht zu Diskriminierung oder Benachteiligung führen.

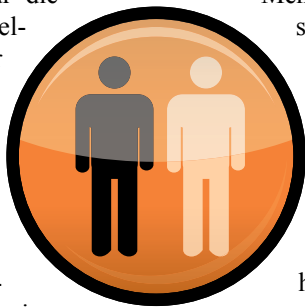
Aus der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung darf sich weder ein Vorrecht noch eine Verpflichtung zu einer höhe-

ren oder geringeren Einbindung in die Kinderversorgung ergeben. Wir Piraten setzen uns ein für den Abbau noch bestehender gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, die eine tatsächlich freie, individuelle Entscheidung verhindern oder erschweren.

Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Steuerliche Vergünstigungen für Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften sind an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen zu binden.

Um die freie Selbstbestimmung eines Lebensentwurfes zu ermöglichen, sind ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Auf die prinzipielle Verfügbarkeit solcher Betreuungsangebote muss es einen Rechtsanspruch von Geburt an geben.

Kinder haben zu dürfen, muss von geschlechtlicher Identität bzw. Orientierung unabhängig sein. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren und aufziehen dürfen.



Bildungspolitik Von Dr. Winny-Maria Dehn

Bildung ist mehr als nur Wissensvermittlung. Hauptaufgabe aller institutionellen Bildung sollte es sein, den Menschen – gleich welchen Alters, Geschlechts oder Herkunft – bei der Entwicklung zu einer mündigen, kritischen und sozialen Persönlichkeit zu unterstützen.

Deshalb ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur anzubieten und zu finanzieren.

Das fängt beim Kindergarten an und hört bei der Universität nicht zwangsweise auf. Aus diesem Grund befürworten wir die Lehrmittelfreiheit, den verstärkten Einsatz lizenzfreier Werke zur Wissensvermittlung, die freie Schülerbeförderung und die Revision von Prüfungsordnungen.

WISSEN IST DER SCHATZ, DER SICH VERMEHRT, WENN MAN IHN TEILT

Bildung und Forschung sind eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir fordern daher eine bessere finanzielle Ausstattung des gesamten Bildungssystems. Dazu gehört auch ein fairer Umgang mit den Menschen, die diese Aufgabe in unserem Auftrag ausführen – von der Hochschullehrerin bis zum Kinderpfleger. Qualifiziertes Personal gibt es nicht zum Billig-Tarif.

ERZIEHUNG ZUR DEMOKRATIE

Piraten stehen für Demokratie, auch in Bildungsinstitutionen. Wie kann man erwarten, dass dirigistische Systeme Demokraten generieren, wenn die Dirigenten irriige Vorstellungen von Demokratie haben? Eltern-, Schüler- und Studentenbeiräte, deren Entscheidungen auch Gültigkeit haben, sind Grundpfeiler für eine demokratische Erziehung. Gelebte Demokratie ist der beste Impfschutz gegen schädlichen politischen oder religiösen Extremismus. Ideologisch motivierte Schulstrukturen lehnen die PIRATEN ab. Die wichtige Frage für uns ist, WAS unsere Kinder WIE lernen sollen. Hier einige Beispiele:

- Geschichtsunterricht endet vielerorts mit dem 2. Weltkrieg. Wie sollen Schüler so ein Gespür dafür entwickeln, dass sie Teil einer lebendigen Demokratie sind, wie Politik Wirkung entfaltet?
- Lehrplanentrümpelung: Platz wird hier – fächerübergreifend – für die modernen Medien freigemacht werden müssen. Medienkompetenz ist für heutige Menschen von fundamentaler Bedeutung.
- Weiterbildung ist für die Lehrkräfte ein Muss!

- an Bildungseinrichtungen sollen lizenzfreie PC-Programme eingesetzt werden. Das senkt die Kosten für den Bildungsträger ebenso wie für die Schüler.

Ziel unserer Schulpolitik ist die optimale Förderung der Schüler. Diese wird durch eine freiwillige Ganztagsbetreuung erleichtert, die flächendeckend möglich werden soll. Zusätzliche Bildungsmöglichkeiten und Aktivitäten, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe sollen nach einem gesunden Mittagessen angeboten werden.

Erstaunt hat die PIRATEN, dass die Kultusministerkonferenz mit den Schulbuchverlagen einen Vertrag geschlossen hat, der den Einsatz sogenannter Schultrojaner auf Schul-Computern vorsieht.

Durch Mitnahme der Hausaufgaben wandern diese Trojaner auf den heimischen PC und weiter ins Netz. Die Kultusminister haben keinen Schimmer, was so ein Schnüffelpogramm alles anrichten kann. Oder etwa doch? Umso schlimmer! Schleswig-Holstein muss alles tun, um diesen Vertrag zu revidieren.



Fairness im Wahlkampf

Mitte Januar 2012 gab es einen Vorstoss der CDU und SPD für eine gemeinsame Erklärung über ein sogenanntes „Abkommen zur Fairness im Wahlkampf“. Die Erklärung betrifft die Piraten in weiten Teilen nicht, da sie sich auf die Fehler der etablierten Parteien in der Vergangenheit bezieht. Zudem ist die Erklärung mit einem Aufruf gegen Rechtsextremismus verknüpft, der offensichtlich eine Mitzeichnung erzwingen soll, denn wer möchte sich schon nachsagen lassen, nicht gegen rechte Gewalt zu stehen? Die PIRATEN halten ihre eigene Meinung in einer Pressemitteilung fest:

Die Piratenpartei Schleswig-Holstein trägt die von CDU und SPD geforderte „Erklärung zur Fairness im Landtagswahlkampf 2012“ nicht mit, da es sich dabei aus ihrer Sicht um einen rein populistischen Akt handelt. Wir haben diese Entscheidung schon im Januar ausführlich begründet. „Die Vereinbarungen, die mit dieser Erklärung getroffen werden sollen, sind für uns Selbstverständlichkeiten, für die keine Absprachen erforderlich sein sollten. Dass CDU und SPD es für nötig halten, einfachste zwischenmenschliche Grundregeln neu aufzulegen, spricht für sich“, erläutert Torge Schmidt, Stellvertretender Vorsitzender und Spitzenkandidat der PIRATEN in Schleswig-Holstein.

In der Erklärung der Parteivorsitzenden de Jager (CDU) und Stegner (SPD) heißt es: „Wir sind uns bewusst, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern gelitten hat. Dieses Vertrauen zurück zu gewinnen, ist ein wesentliches Ziel unserer Parteien. Wir wollen deshalb einen Wahlkampf führen, der für unsere unterschiedlichen politischen Konzeptionen für die Zukunft des Landes wirbt.“

„Die Piratenpartei muss kein verspieltes Vertrauen zurückgewinnen. Im Gegenteil, das verspielte Vertrauen in die etablierte Politik ist ein Grund dafür, dass es die PIRATEN gibt“, so Torsten Krahn, Pressesprecher und Vorstandsmitglied der Piratenpartei SH.

„Wir halten diese Erklärung für eine Farce. Es entsteht der Eindruck, dass es in der Vergangenheit an der notwendigen Verantwortung zu einem fairen Miteinander mangelte und nun, angesichts der Landtagswahl, Schadensbegrenzung betrieben werden soll“, erläutert Patrick Ratzmann, Pressesprecher und Vorstandsmitglied des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Die Piratenpartei SH hält deshalb fest: Selbstverständlich sind wir für einen fairen Wahlkampf, setzen uns für eine hohe Wahlbeteiligung ein und wollen das Vertrauen in die Politik stärken. Natürlich stehen wir gegen Rechtsextremismus und für ein multikulturelles Miteinander. Wir sind die Piratenpartei.

KIEL HOLEN!

Unterstützungsunterschrift? Wir wollen mehr! Von Angelika Beer

Die Nachricht hat uns natürlich sehr gefreut: Wir Direkt- und Listenkandidaten werden auf dem Wahlzettel mit unseren Namen stehen. Die Piraten haben erfolgreich die Unterstützungsunterschriften sowohl für die Direktkandidaten als auch für die Landesliste der Piratenpartei gesammelt.

Habt ihr uns in den letzten Wochen getroffen, als wir Infostände aufstellten und mit Klemmbrett durch die Straßen und über die Märkte im ganzen Land gezogen sind? Haben wir über die soziale Schieflage gesprochen und über unseren Vorschlag, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen? Oder nein, ich weiß, es ging um die Schultrojaner und was wir dagegen gemeinsam unternehmen können. Übrigens haben nicht nur Nerds uns beim Unterschriften sammeln geholfen, sondern, und das finde ich klasse, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Neumünster hat gleich 20 Vordrucke für seine Kollegen mitgenommen. Neulich traf ich auch Diddi wieder, den von der Suppenküche, und er meinte, also wenn wir einen Streik oder so organisieren, würde er auch das Catering wieder übernehmen, natürlich etwas anders als bei unserem letzten Landesparteitag. Das haben wir ja oft genug diskutiert in den zurückliegenden Wochen: Piraten bei Demos, gewaltfrei, gegen Acta, Atomenergie oder Nazis, klar – aber Streik organisieren, das steht eigentlich bisher

nicht auf unserer To-do-Liste – außer gegen bestimmte Sachen im Internet vielleicht.

Jetzt wo wir eigentlich Luft holen könnten, nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung, geht es erst richtig los. Ich hätte neulich vielleicht, als wir uns trafen, weniger über unsere Forderung nach flächendeckender Ausstattung mit Hebammen in Schleswig-Holstein und den kostenlosen Schulverkehr reden sollen, sondern lieber darauf hinweisen sollen, dass es noch sehr viel zu tun gibt und eine Unterstützungsunterschrift eigentlich nicht reicht. Unser Wahlkampfteam hat diese tollen Plakate entworfen – die könnten wir jetzt alle zusammen aufstellen. Jede helfende Hand ist wirklich willkommen. Weil eben überhaupt Hände eine riesige Bedeutung für uns Piraten haben. Nein, nicht nur beim Bedienen der Smartphones und der Computer, beim Twittern und so – wir brauchen sie und Euch beim Verteilen von Flyern, Aufbauen von Infoständen – und vor allem am 6. Mai und auch danach. Ich will jetzt nicht zu viel verlangen, aber das Kreuz am 6. Mai an der richtigen Stelle zu machen – wir brauchen die Zweitstimme, um in den Landtag zu kommen –, ist entscheidend. Wir sehen uns bestimmt die nächsten Tage wieder mal – spätestens zur Wahlkampffete am 6. Mai in der Kieler Pumpe. Den Landtag entern können wir nur mit Euch.

*Du willst uns Deine **Erststimme** geben, weil Du unseren Direktkandidaten sympathisch findest? Das freut uns natürlich sehr, nur ist die Chance für eine neue Partei, ein Direktmandat zu erringen, sehr sehr klein.*

*Zum Entern des Landtages brauchen wir mindestens 5% der Zweitstimmen. Wenn Du uns Deine **Zweitstimme** gibst, hilfst Du uns, diese Hürde zu überwinden.*

*Wenn Du uns Deine **Erst- und Zweitstimme** gibst, dann nutzen wir gemeinsam alle Chancen.*

MIMI und EUNICE

[sprich: Me-Me und You-Ness]

Open Content: Nina Paley (Übersetzung: Redaktion)



DIE GRENZEN DER FREIHEIT

Keine Chance für Rechtsextremismus Von Angelika Beer

Wir verteidigen die Freiheit des Bürgers – und wenden uns mit aller Kraft gegen jede Art staatlicher Eingriffe, die die Privatsphäre des Bürgers verletzen.

Wir PIRATEN in Schleswig-Holstein stellen uns aber quer gegen jene, die unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung unsere Demokratie in ihren Grundfesten angreifen. Es sind jene, die rechtsextremistisches und antisemitisches Gedankengut verbreiten, und mit scheinbar bürgernahen Parolen versuchen, auf Stimmenfang zu gehen. Die Rede ist von der NPD, die am 6. Mai zur Wahl antreten will.

Auch in Schleswig-Holstein gab und gibt es eine enge Kooperation zwischen den „Nazis im Nadelstreifenanzug“ und jenen gewaltbereiten, rechtsextremistischen Gruppierungen und Freien Kameradschaften. Im Internet tauchten Solidaritätsbekundungen mit der NSU und Verunglimpfung der Todesopfer der Rechtsterroristen auf. „Löschen statt Sperren“, diese Forderung von uns Piraten bezüglich strafbarer Inhalte im

Netz gilt auch hier.

Die Rechtsextremisten haben Schleswig-Holstein vor der Landtagswahl in ihr Visier genommen: Morddrohungen gegen den Bürgermeister in Ratzeburg, Gewaltandrohungen gegen plakatierende Piraten, Hakenkreuz-Schmierereien an der Gedenktafel für die Opfer der Nationalsozialismus in Neumünster, um nur einige Beispiele zu nennen. In Lübeck hat sich ein breites Bündnis „Wir können sie stoppen“ gefunden, das den Nazi-Aufmarsch am 31. März verhindern will.

Als Höhepunkt ihres Wahlkampfes will die NPD auf die Straße gehen, und hat für den 1. Mai, dem traditionellen Tag der Arbeit der Gewerkschaften, eine Demonstration in Neumünster angemeldet. Dieser Provokation tritt ein breites, gesellschaftliches Bündnis entgegen. Egal ob das „Bündnis gegen Rechts“, der „Runde Tisch für Demokratie und Toleranz“ der Stadt Neumünster, der „Verein für Toleranz und Zivilcourage e.V.“ – überall sind Piraten beteiligt, um das gemeinsame Ziel zu erreichen:

„Keine Nazis am 1. Mai in Neumünster! Kein Platz für Rassismus“. Das ist auch der Titel des gemeinsamen Aufrufes an die Mitbürger der Stadt, in dem es u.a. heißt: „Niemand glaubt an einen Zufall, dass sich die Neonazis ausgerechnet unsere Stadt als Demonstrationsort ausgesucht haben. Hier haben sie seit 15 Jahren ihren Treffpunkt Club 88, hier wollen sie sich am Tag der Arbeit als Alternative zu den etablierten ‚Systemparteien‘ anbieten und der Öffentlichkeit demonstrieren, dass sie zum Stadtbild von Neumünster gehören. Wir sagen: das hat Neumünster nicht verdient!“

Wir laden Euch ein, mit uns zusammen am 1. Mai für ein buntes friedliches Neumünster zu sorgen. Wir stehen zu der Aussage in unserem Landtagswahlprogramm: „Wir setzen uns für die Förderung einer solidarischen Gemeinschaft ein, die Zivilcourage praktiziert und bei jedem Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unsere Mitmenschen demokratisch Gegenwehr leistet“.

Trojaner-Einsatz in Schleswig-Holstein rechtswidrig

Die Piratenpartei Schleswig-Holstein hat im Dezember 2011 eine zuvor geheim gehaltene Analyse des Landesdatenschutzbeauftragten veröffentlicht, derzufolge die Infiltration von Privatcomputern durch das Landeskriminalamt mithilfe eines Trojaners der Firma DigiTask gegen Datenschutzrecht verstieß. Laut Datenschützer Weichert waren die Anforderungen der Datenschutzverordnung nicht erfüllt. Außerdem liege nach vorläufiger Einschätzung ein Verstoß gegen das Landesdatenschutzgesetz vor. Ob die verfassungsrechtlich gebotene Beschränkung auf die Überwachung laufender Telekommunikation beachtet wurde, lasse sich nicht überprüfen, weil die Polizei keinen Zugriff auf den Quellcode der Schadsoftware habe.

Patrick Breyer von der Piratenpartei Schleswig-Holstein erklärt dazu: „Mit dem Aufspielen von Spionagesoftware wird die entscheidende Hürde genommen,

um Privatcomputer insgesamt auszuspähen, also etwa gespeicherte Fotos oder vertrauliche Dokumente unbemerkt zu betrachten. Einen so schweren Grundrechtseingriff hat ein freiheitlicher Rechtsstaat nicht nötig. Außerdem fehlen die 20.000 Euro, die jeder Trojanereinsatz kostet, bei tatsächlich wirksamen Maßnahmen zur Kriminalitätsverhütung. Aus guten Gründen erlaubt die Strafprozessordnung eine Computerinfizierung zwecks Kommunikationsüberwachung nicht. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass diese Rechtslage künftig beachtet wird. Der Staat darf nicht zum Hacker werden.“

Die PIRATEN haben im Oktober 2011 Innenminister Klaus Schlie (CDU) 40 Fragen zum Trojanereinsatz im Land gestellt, jedoch bis heute keine Antwort darauf erhalten. In ihrem Programm zur Landtagswahl sprechen sich die PIRATEN unter anderem für die Einrichtung einer unabhängigen Grundrechteagentur in Schleswig-Holstein und für ein „Freiheitspaket“ zur Aufhebung unnötiger und exzessiver Überwachungsgesetze der letzten Jahre aus.

Dr. Patrick Breyer

MOBILITÄT AUF ALLEN WEGEN

ÖPNV – Öffentlicher Personennahverkehr Von Jörg Jungbluth

Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik gehört für uns PIRATEN unter anderem der Ausbau klimafreundlicher Verkehrsangebote und die Schaffung flächendeckender städtischer und ländlicher Verkehrsinfrastrukturen, welche die Lebensqualität verbessern. Die Zusammenarbeit über kommunale und regionale Grenzen, mit den Nachbarländern Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern und mit Dänemark, ist dabei zu intensivieren.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der Hamburger Verkehrsverbund, der die Metropolregion mit allen umliegenden Kreisen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen durch ein einheitliches und übersichtliches Streckennetz sowie ein gut strukturiertes Tarifsystem verbindet.

Die Mobilität der Menschen und damit ihre Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben hängen wesentlich von der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ab. Wir wollen daher mittelfristig eine fahrscheinlose Nutzung

des ÖPNV einführen, um das soziale Recht der Mobilität vom Einkommen des Einzelnen abzukoppeln.

Wir werden uns nachdrücklich beim Bund und der Bahn dafür einsetzen, dass Bahnstrecken reaktiviert oder ausgebaut werden. Deshalb wollen wir weitere Kosten-Nutzen-Analysen zur Reaktivierung stillgelegter Strecken durchführen lassen sowie den gegebenenfalls sinnvollen Ausbau unterstützen. Beispielsweise wünschen sich Bewohner des Hamburger Umlandes (des Wahlkreises Herzogtum Lauenburg Süd) in Geesthacht und Schwarzenbek sowie in Richtung Nordost von Ahrensburg über Bad Oldesloe nach Lübeck eine S-Bahn-Anbindung.

Wir setzen uns für eine grundsätzlich beitragsfreie Schülerbeförderung ein. Die Finanzierung soll Landesaufgabe sein. Vorschüler und Schüler bis zur 4. Klasse sollen ab einem Kilometer und Schüler bis zur 10. Klasse ab zwei Kilometern Mindestentfernung beitragsfrei zur und

von der Schule befördert werden. Für Schüler, die einen kürzeren Schulweg haben, übernimmt das Land keine Kosten der Schülerbeförderung, verpflichtet sich jedoch, bei gefährlichen Streckenabschnitten einen organisierten Schülerverkehr vorzuhalten.

Gerade junge Familien sehen sich aufgrund der überhöhten Mieten und Grundstückspreise in den Ballungsräumen genötigt, auf das Land zu ziehen. Die Kostenübernahme der Schülerbeförderung ist dabei ein wichtiger Teil der familiären Finanzplanung. Das Land selbst hatte dafür geworben, dass das Leben außerhalb der Ballungsräume eben auch durch diese kostenlose Schülerbeförderung attraktiv sei.

Nun tritt das Gegenteil davon ein. Besonders tragisch dabei ist, dass das Land unter Verweis auf die kostenlose Schülerbeförderung Schulen im ländlichen Raum wegen zu niedriger Schülerzahlen geschlossen hatte.

LiquidFeedback

LiquidFeedback ist eine freie Software zur politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Das wichtigste Merkmal ist die Umsetzung des Liquid-Democracy-Ansatzes, die eine neue Form der politischen Repräsentation und Mitsprache etablieren soll. Die Grenzen zwischen repräsentativer und direkter Demokratie sind hierbei fließend. Neben der Funktion der Meinungs- und Entscheidungsfindung ist es außerdem möglich, die unterschiedlich gelagerten Kompetenzen der Teilnehmenden zu einem Thema effizient zu kanalisieren.

KOMMUNIKATIONSMEDIEN

Nordpirat

LiquidFeedback ist als Hilfe für Parteien, Vereine und Initiativen gedacht, die das Internet zur Meinungsbildung nutzen wollen, insbesondere wenn die Zahl der Beteiligten zu groß wird, um dies in einem üblichen Forum zu gewährleisten.

Zudem soll den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, eigene Initiativen voranzutreiben, und der Einfluss von Entscheidungshierarchien abgemildert werden.

Piratenpads

Eine nicht proprietäre Software zur dezentralen – also über das Internet – gemeinschaftlichen Bearbeitung von Texten in Echtzeit, geschaffen von der Etherpad-Foundation.

Es können Einzeldokumente direkt eröffnet oder auch komplette Arbeitsgruppen geschaffen werden. Es gibt hier keine tatsächliche Beschränkung der Nutzermenge, außer wenn – in seltenen Fällen – so viele Piraten gleichzeitig angemeldet sind, dass der Server die Last nicht mehr verkraften kann. Jeder angemeldete Benutzer erhält eine Bearbeitungsfarbe zugewiesen, die ihn identifiziert. Dadurch ist bei der gemeinsamen Arbeit sofort ersichtlich, wer gerade an welcher Textstelle schreibt. Jedes Pad kann an einem beliebigen Punkt

gespeichert werden, und das beliebig oft. Dadurch werden Versionspunkte erstellt, die zusammen mit der Timeline (Bearbeitungsverlauf) auch eine Rückkehr auf der eigenen Spur ermöglicht.

Zudem gibt es einen Schreib-Chat, der neben dem Pad läuft und in welchem man formlos über die laufende Arbeit kommunizieren kann.

Die Piratenpartei hat einen eigenen Etherpad-Server eingerichtet, um innerhalb des eigenen Kommunikationsbereichs allen Piraten die Möglichkeit zu geben, miteinander ergebnisorientiert zu arbeiten.

Mumble

Eine freie Sprachsoftware, die einen Live-Chat oder, wie bei den PIRATEN, eine Sprachkonferenz in Echtzeit über das Internet ermöglicht. Auch hier gibt es keine Beschränkung der Teilnehmer. Die Piratenpartei NRW hat dazu einen eigenen Server aufgebaut, über den Piraten aus Deutschland, Europa und sogar Übersee miteinander sprechen können. Eine sehr stark verbreitete Arbeitsweise ist die gemeinsame Textarbeit in einem Piratenpad, während die Besprechung dazu über Mumble läuft. Abgesehen davon gibt es auch viele andere Gruppen, vor allem Gamer, die diesen Kommunikationskanal nutzen.

Piratenwiki

Wie der Name schon sagt, ist das sozusagen das Nachschlagewerk der PIRATEN. Hier werden Informationen aller Art gespeichert, egal ob statisch oder dynamisch.

Jeder kann sich anmelden und seinen persönlichen Account anlegen, mit dem er dann beispielsweise zuvor in einem Pad gemeinsam erarbeitete Dokumente dort erstellen oder vorhandene Dokumente modifizieren kann.

Übrigens - auch dieser Kaperbrief wurde mit Hilfe von Piratenpad, Mumble und Piratenwiki erstellt.

RESSOURCENSCHONUNG

Was ist Nachhaltigkeit? Von Mike Weber und Birgitt Piepgras

Das Recht auf sauberes Wasser, saubere Luft, vitale Böden und einen gemeinschaftlichen Zugriff auf Naturressourcen ist Teil der universellen Menschen- und Bürgerrechte.

Die Piratenpartei sieht eine große Gefahr für die Nachhaltigkeit in dem Handelsabkommen ACTA, welches bereits ausführlich im Artikel „ACTA vom Acker“ erläutert wurde.

Die PIRATEN wollen ein Verbot der standardmäßigen Beimischung von „Bio-Ethanol“ oder Speiseölen in Kraftstoffe erreichen, um die negativen Auswirkungen auf die Struktur der Landwirtschaft im In- und Ausland und die Preistreiberei bei Grundnahrungsmitteln gerade in Entwicklungsländern zu beenden.

Ein wichtiges Merkmal zeitgemäßer und nachhaltiger Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Da eine stärkere Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung eine angepasste Infrastruktur voraussetzt, sind neue Speicher- und Verteilungstechnologien nötig. Wir werden deren Entwicklung und Einsatz verstärkt fördern.

Nachhaltigkeit als Begriff aus der Ökologie auch auf Fragen der Ökonomie anzuwenden ist verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik mit Rücksicht auf künftige Generationen.

Die Folge der bisherigen Landespolitik ist eine gegenwärtige Verschuldung Schleswig-Holsteins in Höhe von 27,6 Mrd. Euro. Darin sind noch nicht die Verschuldung der Kommunen sowie zu erwartende Pensionsverpflichtungen gegenüber den Beamten des Landes sowie der Kreise, Städte und Gemeinden berücksichtigt.

Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik muss es sein, gewaltige Pensionsverpflichtungen für kommende Generationen zu verhindern. Wir wollen eine umfassende Studie anfertigen lassen, die eruiert, wo Verbeamtungen notwendig sind und welche Aufgaben statt von Beamten durch Angestellte erledigt werden können.

EINMALIGE INVESTITIONEN STATT LEASINGMODELLE

Wir lehnen Öffentlich Private Partnerschaften (Public Private Partnership, PPP) ab. Es ist verlockend, statt einer einmaligen Investition auf ein Leasingmodell zu setzen, bei dem der aktuelle Haushalt dank der deutlich kleineren sofort fälligen Summe nicht blockiert wird.

Jedoch werden dadurch zukünftige Haushalte auf Jahrzehnte belastet, da PPP wissenschaftlich bewiesen immer teurer ist.

Seit geraumer Zeit wird in der Wissenschaft ein Insolvenzrecht für Kommunen diskutiert. Diese Diskussion stößt in der Politik bisher auf taube Ohren; dabei könnte es eine Art Befreiungsschlag für zahlreiche Kommunen in Schleswig-Holstein darstellen. Wir scheuen uns nicht davor, neue und unkonventionelle Wege zu gehen und hierzu gehört auch diese Möglichkeit. Den Abbau des Schuldensockels regelt die neu in die Landesverfassung aufgenommene Schuldenbremse überhaupt nicht. Die Regierungsparteien wenden damit einen Trick

an und verlagern die Finanzierungsprobleme auf die Kommunen.

Bei der Landschaftsplanung dürfen Nachhaltigkeit und Zukunftsgestaltung nicht den kurzfristigen Zielen einzelner Kommunen oder Regionen geopfert werden. Landschaftsplanung muss langfristig angelegt sein und durch Transparenz und frühzeitige Beteiligung die Interessen der Kommunen schon im Voraus effektiver als bisher berücksichtigen. Der nach wie vor ungezügelte Flächenverbrauch muss durch eine Belohnung der Flächenschonung gestoppt werden. Eine Zersiedelung der Landschaft und damit eine Versiegelung von Flächen durch immer mehr Neubaugebiete ist zu vermeiden. Gemeinden müssen sich hier stärker aufeinander abstimmen. Wir fordern, dass vorrangig Innenstädte und Dörfer mit Wohnbebauung verdichtet und damit belebt werden.



Massentierhaltung SG-Presse

Allein für Hühner sind in Norddeutschland 900 Mastställe für insgesamt 36 Millionen Tiere geplant. Finanziert werden sollen sie durch Investoren aus Holland wie Straathof oder van Gennip, die aufgrund der dortigen Umweltschutzzvorgaben nach Deutschland drängen.

Massentierhaltung und die damit verbundenen Herstellungsprozesse sind die logische Konsequenz aus dem Preisdumping der Lebensmittelketten. In vielen Betrieben steht der Schlachttermin schon am Tage der Einstellung fest. Erreichen die Tiere ihr Schlachtgewicht nicht termingerecht, wird dem Erzeuger der

gesamte Mastgang nicht abgenommen. Um existenzbedrohende finanzielle Folgen zu vermeiden, wird häufig eine Indikation für eine Antibiotikabehandlung konstruiert, obwohl diese Medikamente als Mastbeschleuniger EU-weit verboten sind. Herstellungsprozesse und Haltungsbedingungen müssen grundlegend verändert werden.

Leistungswahn, Wachstumsdruck und Dumpingpreise vertragen sich nicht mit gesunden Lebensmitteln.

DABEI SEIN STATT NUR DAGEGEN!

Misch dich ein und unterstütze die Piraten

Anzeige

Von Nord- und Ostsee umstürmtes Bundesland sucht DICH, m/w, für ein revolutionäres Date! Wenn Du Demokratie und Freiheit liebst und Dir Datenschutz und Transparenz wichtig sind, bin ich ganz Dein. Triff mich am 06. Mai in der Wahlkabine und zusammen erforschen wir aufregende politische Wege...

IMPRESSUM

Kaperbrief
Piratenzeitung Schleswig-Holstein
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland
LV Schleswig-Holstein,
Landesgeschäftsstelle
Ringstraße 58
24103 Kiel
Vorstand@piratenpartei-sh.de
Telefon: +49 431 90892181
Fax: +49 4121 452908

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Torsten Krahn, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch
Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Aufnahmeantrag



- Ablauf:
1. Mitgliedsantrag ausfüllen.
 2. Mitgliedsantrag per Post oder Fax abschicken.
 3. Mitgliedsbeitrag überweisen.
 4. Auf Bestätigungsmail warten (dauert länger) und Antworten.

FAX: 04121/45 29 08

Piratenpartei Schleswig-Holstein
Ringstraße 58
24103 Kiel

Bankverbindung:

Konto-Nr.: 626808026
BLZ: 200 300 00
IBAN: DE80200300000626808026
Swift (BIC): HYVEDEMM300

Verwendungszweck:

Mitgliedsbeitrag +
Mitgliedsnummer **oder** E-Mail-Adresse

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland.

Meine Daten:

Vorname:

Name:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort¹:

Bundesland/Landkreis:

Telefonnummer (optional):

Email-Adresse²:

Geburtsdatum³:

Staatsangehörigkeit⁴:

Mitgliedsbeitrag:

Ich werde den **ersten** Mitgliedsbeitrag von 36 Euro pro Kalenderjahr **unaufgefordert** überweisen (eine optionale, freiwillige Spende von z.B. 1% des Jahreseinkommens vermerke ich extra im Verwendungszweck als Spende). Sollte ich nicht zum 1.1. des laufenden Kalenderjahres eingetreten sein, beträgt mein Beitrag 3 Euro pro Monat für jeden noch nicht abgelaufenen Monat des Kalenderjahres.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum und Unterschrift

ggf. Unterschriften der Erziehungsberechtigten

Antrag auf Ermäßigung **liegt bei / liegt nicht bei** (unzutreffendes bitte streichen)

Die Einladung zu Parteitage, Mitgliederversammlungen, etc. des Bundes- oder des Landesverbands kann per Email erfolgen:

Ja / Nein (unzutreffendes bitte streichen)

1 Ein Wohnsitz in Deutschland ist notwendig.

2 Die Kommunikation der Partei erfolgt per E-Mail. Ein funktionierendes E-Mail-Konto ist deswegen unerlässlich.

3 Das Mindestalter für eine Mitgliedschaft liegt bei 16 Jahren.

4 Eine deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht notwendig. Gib bei doppelter Staatsangehörigkeit bitte beide an.

Die Piratenpartei Deutschland verarbeitet die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person für ausschließlich interne Zwecke der Partei. Nach § 4 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 22. August 2006 bedarf dies Ihrer vorherigen schriftlichen Einwilligung, die Sie gleichzeitig mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der Partei erteilen. Es wird zugesichert, dass Ihre Daten unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet werden.